



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

07. Februar 2022

Afghanistan

Sicherheitslage

Der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für Afghanistan, Zamir Kabulov, erklärte gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS am 01.02.22, dass eine große inländische Offensive von Gegner der Taliban im Frühjahr 2022 nicht ausgeschlossen sei. Die National Resistance Front (NRF) hatte dies bereits für das Ende des Winters angekündigt (vgl. BN v. 31.01.22).

Laut Meldung vom 30.01.22 seien Polizei- oder Regierungsgebäude in den Distrikten Dara in Panjshir und Salang in der Provinz Parwan von Raketen getroffen worden. Der Taliban-Polizeichef aus Parwan machte die NRF für die Angriffe verantwortlich. Lokale Taliban-Vertreter in der Provinz Panjshir haben die beiden Vorfälle jedoch bestritten.

Am 31.01.22 wurden unbestätigten Meldungen in den sozialen Medien zufolge, in der Provinz Kunar zwei Taliban vom Islamischen Staat in der Provinz Khorasan (ISKP) getötet. Am 04.02.22 wurde berichtet, dass seit der Machtübernahme der Taliban separatistische Kämpfer aus der pakistanischen Provinz Balochistan, die Afghanistan bisher als Rückzugsort nutzten, vermehrt durch die pakistanische Regierung mit Hilfe der Taliban in Afghanistan verfolgt werden. Am 07.02.22 hätten sich ca. 50 ISKP-Kämpfer den Taliban in der Provinz Nangarhar ergeben. Die Taliban widersprachen am selben Tag einem UN-Bericht, nach welchem Al-Qaida-Mitglieder aktiver würden und sich nun freier in Afghanistan bewegen könnten.

Regierungsführung

Laut Meldung vom 31.01.22 werden die Taliban eine Kommission gründen, nach dem Besuch des pakistanischen nationalen Sicherheitsberaters in Kabul. Sie soll sich mit der Situation an der Grenze zu Pakistan befassen. Hauptthema ist der Bau eines Grenzzauns durch pakistanische Behörden.

Die Taliban haben am 02.02.22 staatliche Universitäten in den Provinzen Laghman, Nangarhar, Kandahar, Nimroz, Farah und Helmand wiederöffnet. Weitere in den anderen Provinzen sollen am 26.02.22 folgen. Auch Frauen seien wieder zugelassen, aber nur sehr wenige seien gekommen. Al Jazeera und andere Zeugen berichteten, dass eine kleine Gruppe von Frauen, die Ganzkörperschleier oder Burkas trugen, am 02.02.22 die Laghman-Universität betraten. Taliban-Kämpfer bewachten den Eingang mit einem auf einem Stativ montierten Maschinengewehr. Journalisten hätten in der Universität keinen Zutritt bekommen und Studenten seien von den Taliban gewarnt worden, nicht mit der Presse zu reden. Männer und Frauen würden getrennt voneinander unterrichtet.

Die Taliban haben auf ihrer 22. Kabinettsitzung am 01.02.22 beschlossen, dass Steuereinnahmen nur transparent über Banken abgewickelt und Buslinien für Bürger zwischen Jalalabad und Peshawar, sowie von Kandahar nach Quetta wiedereröffnet werden sollen. In der Provinz Paktika haben Bürger in Läden und auf Märkten am 01.02.22 die alte Flagge der Republik wieder gezeigt, nachdem der Pressesprecher der Taliban auf Twitter angekündigt haben soll, die alte Flagge möglicherweise wieder als Nationalflagge verwenden zu wollen. Taliban vor Ort hätten die Flaggen wieder abgehängt, aber niemanden geschlagen.

Am 02.02.22 haben die Taliban erklärt, dass die Passausgabe in der Provinz Pandschir für zwei Wochen unterbrochen wird. Als Gründe wurden technische Probleme und Anweisungen der Zentralregierung genannt. Die Taliban äußerten auf einer Pressekonferenz am 03.02.22, sie hätten in den letzten fünf Monaten 759.000 elektronische Identitätskarten (eIDs) an Bürger ausgegeben. Täglich würden in 20 Verteilungszentren landesweit 16.000 eIDs ausgegeben.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Die staatliche Ölproduktionsfirma Spinzar in Kunduz hat am 02.02.22 mit Hilfe des Finanzministeriums ihre Arbeit an ca. 3.000 Arbeitsplätzen wiederaufgenommen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Arbeit und Soziales erklärte am 01.02.22, dass aktuell nur neun der 68 staatlichen Waisenhäuser geöffnet seien. Die Waisenhäuser sollen wiedereröffnet werden, wenn finanzielle Mittel verfügbar sind. 36 private Waisenhäuser sind weiterhin in Betrieb.

Laut Meldung vom 03.02.22 hätten seit der Machtübernahme ca. 230 Professoren und Lehrende an Universitäten Afghanistan verlassen. Die meisten hätten an der Kabuler Universität unterrichtet.

Ebenfalls am 03.02.22 berichtete der Sondergeneralinspektor für den Wiederaufbau Afghanistans (SIGAR) in seinem 54. vierteljährlichen Berichte an den US-Kongress, dass die Hälfte der Bevölkerung vor „einem Tsunami des Hungers“ stehe. Die US-Regierung habe am 03.02.22 internationalen Banken erlaubt, Gelder zu humanitären Zwecken nach Afghanistan zu überweisen. Am 06.02.22 wurde berichtet, dass in der Provinz Badakhshan 74 Kinder an Masern gestorben seien.

Am selben Tag berichtete die New York Times, das afghanische Gesundheitssystem stehe vor dem Kollaps. Am 05.02.22 hat der Türkische Rote Halbmond angekündigt, 800 Tonnen an humanitärer Hilfe nach Afghanistan zu liefern.

Proteste / Verhaftungen

Laut Meldung vom 01.02.22 sollen in den Provinzen Kabul und Jowzjan Taliban Ladenbesitzern, die Frauenunterwäsche verkaufen, mit Verhaftung gedroht haben, weil der Verkauf gegen die Scharia verstoße.

Am 01.02.22 forderte der UNHRC die Taliban auf, sechs Frauen unverzüglich freizulassen, die nach Protesten verschwunden sind. Am selben Tag sei die Aktivistin und Journalistin Mursal Ayar durch Taliban in Kabul verhaftet worden, weil sie bei Frauenprotesten aktiv gewesen sei.

Ebenfalls am 01.02.22 wurde ein Journalist in Kabul von den Taliban verhaftet und verprügelt, weil er über die Wiedereröffnung der Universitäten berichtet hatte. Am 31.01.22 wurden Islam Hejam und Wares Hasrat, zwei Journalisten des Fernsehsenders ArianaNews, von den Taliban festgenommen. Die Festnahmen erfolgten einen Tag, nachdem ein Gast das Taliban-Regime während einer von ArianaNews live übertragenen Debatte kritisiert hatte. Ein Ausschnitt der Debatte wurde in den sozialen Medien weit verbreitet. Amnesty International und UNAMA forderten die Taliban dazu auf, sie sofort wieder freizulassen. Dies sei am 02.02.22 geschehen. Reporter ohne Grenzen berichtete am 05.02.22, dass zunehmend Journalisten durch die Taliban diskriminiert würden. Seit der Machtübernahme seien ca. 50 Medienschaffende inhaftiert worden. 318 Medienunternehmen hätten im letzten halben Jahr geschlossen und nur noch ca. 2.300 Journalisten (von einst ca. 5.000) wären noch aktiv.

Der Aktivist Fayaz Ghor sei am 03.02.22 in Herat festgenommen worden. Ehemalige Regierungsmitarbeiter und Veteranen der Armee haben protestiert, weil sie seit der Machtübernahme der Taliban keine Rente mehr erhalten haben. Die Taliban haben angekündigt, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Am 05.02.22 sei ein Professor in der Provinz Kapisa von seinem Posten zurückgetreten, weil er von anderen Professoren der Blasphemie bezichtigt wurde. Er hatte sich gegen ethnische Diskriminierung im Land ausgesprochen.

Die Taliban haben sich am 02.02.22 mit der Regierung in Qatar verständigt, weiter Evakuierungsflüge aus Kabul anzubieten. Laut der New York Times seien in den letzten vier Monaten über eine Mio. Afghanen ausgewandert (vor allem nach Iran und Pakistan).

Angola

Pressefreiheit

Das Committee to Protect Journalists (CPJ) berichtet über den strafrechtlichen Vorwurf der Verleumdung bzw. der üblen Nachrede durch die Regierung. Angola sei das Land, in welchem dieser Vorwurf gegen Journalistinnen und Journalisten am häufigsten eingesetzt werde, so die Koordinatorin für das Afrikaprogramm von CPJ einem Medienbericht zufolge. Am 28.01.22 war gemeldet worden, dass drei Journalisten des katholischen Radiosenders in Huambo vorgeladen worden seien, welche von einem Waffenverkauf durch einen Polizeikommandanten berichtet und anschließend ihre Quelle nicht hatten preisgeben wollen.

Außerdem werde die Informationsfreiheit der Bevölkerung durch die Schließung von privaten TV-Sendern eingeschränkt. Am 12.01.22 wurde bekannt, dass der Kanal ZAP Viva, dessen Aktivitäten auf dem angolanischen Markt seit April 2021 suspendiert waren (vgl. BN v. 26.04.21), geschlossen und die noch verbliebenen Mitarbeitenden entlassen würden. Die Leitung der Unternehmen ZAP Media, an welchem Isabel dos Santos, lange Zeit als reichste Frau Afrikas geltend und Tochter des ehemaligen Präsidenten José Eduardo dos Santos, Anteile (seit Dezember 2019 beschlagnahmt) hält, und Finstar wurden dem auch für Medien zuständigen Ministerium (MINTTICS) übertragen.

Bangladesch

Buddhistischer Mönch getötet

Medienberichten zufolge wurde am 31.01.22 in der Stadt Khagrachhari (Chittagong Division) im Südosten Bangladeschs der Vorsteher und Mönch eines örtlichen buddhistischen Klosters ermordet. Die bislang unbekanntes Täter entwendeten mutmaßlich Wertsachen des Klosters. Am darauffolgenden Tag kam es in der Stadt zu einer Menschenkette und einem Protest von Mönchen verschiedener buddhistischer Organisationen und der lokalen Bevölkerung. Sie forderten eine schnelle und gründliche Ermittlung in dem Fall.

Brasilien

Tötungsdelikte an Transpersonen und Transphobie

Einem Bericht von Transgender Europe (TGEU) zufolge, sind zwischen Oktober 2020 und September 2021 insgesamt 125 Transpersonen in Brasilien getötet worden. Diese Zahl entspricht einem Drittel aller weltweit in diesem Zeitraum begangenen Delikte. Betroffen waren laut TGEU in der großen Mehrheit aller registrierten Fälle Transfrauen, Angaben der NGO Antra zufolge sind in Brasilien zudem schwarze Transpersonen überproportional häufig getötet worden. Zwar existiert seit 2019 ein Gesetz, nach welchem Homo- und Transphobie strafbar ist, dieses wird jedoch laut NGOs nur unzureichend durchgesetzt, zahlreiche Fälle homo- und transphob motivierter Gewalt, Beleidigungen und Bedrohungen werden weiterhin jährlich registriert, daneben existiert eine hohe Dunkelziffer. Die Maßnahmen gegen die Pandemie haben die soziale Ausgrenzung von LGBTIQ-Personen zudem weiter verstärkt.

Burkina Faso

Militärjunta etabliert sich

Die Militärmachthaber der Mouvement patriotique pour la sauvegarde et la restauration (MPSR) veröffentlichten am 31.01.22 ein „grundlegendes Gesetz“ (Acte fondamental du MPSR du 29 Janvier 2022). Auf dessen Grundlage garantiere die Junta die Kontinuität des Staates bis zur Einrichtung von Übergangsgremien. Ein Zeitrahmen hierfür wurde nicht genannt. Das 37 Artikel umfassende Dokument hebt die von den Putschisten ausgesprochene Aussetzung der Verfassung (vgl. BN v. 31.01.22) wieder auf; ausgenommen sind Bestimmungen, die diesem Dokument widersprechen. Das Dokument garantiert in der Verfassung verankerte Grundrechte wie Freizügigkeit und Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz sowie die Unschuldsvermutung. Es definiert die MPSR als Übergangsregierung. Der Anführer der Putschisten, Oberstleutnant Paul-Henri Sandaogo Damiba, wird darin zum

Präsidenten der MPSR, zum Präsidenten und Staatsoberhaupt Burkina Fasos sowie zum Oberbefehlshaber über die Streitkräfte bestimmt.

Einer weiteren Erklärung der MPSR vom 31.01.22 zufolge wurde der Generalstabschef der Streitkräfte, General Gilbert Ouédraogo, abgesetzt, ebenso der Generaldirektor des Geheimdienstes Agence nationale de renseignement (ANR) François Ouédraogo. Letzterer gilt als enger Vertrauter des abgesetzten Präsidenten Roch Marc Kaboré. Sein Rücktritt war eine der Forderungen am 23.01.22 meuternder Militärangehöriger (vgl. BN v. 24.01.22). Am 02.02.22 wurde Oberstmajor David Kabré zum Generalstabschef der Streitkräfte ernannt. Oberstleutnant Mahamadi Bonkougou wurde per Dekret vom 04.02.22 zum Leiter des Geheimdienstes ANR ernannt.

Am 02.02.22 hob die Junta die am 24.01.22 verhängte nächtliche Ausgangssperre auf. Verboten bleiben festliche Veranstaltungen unter der Woche nach Mitternacht und am Wochenende nach 02:00 Uhr morgens. Die Landgrenzen Burkina Fasos wurden ebenfalls am 02.02.22 wieder geöffnet.

Am 03.02.22 richtete Junta-Führer Damiba per Dekret eine Kommission ein, die Dokumente und eine Agenda für die Phase des Übergangs erarbeiten soll. Die aus 15 Mitgliedern bestehende Kommission soll nach zwei Wochen Ergebnisse vorlegen.

Am 04.02.22 richtete Damiba per Dekret erstmals ein gemeinsames Oberkommando für alle Sicherheitskräfte (Commandement des opérations du théâtre national, COTN) ein. Ihm unterstehen Militär, Gendarmerie, Polizei, Zoll, Wasser- und Forstverwaltung sowie die Bürgerwehren der Volontaires pour la défense de la patrie (VDP). Führungspersonen sind Oberstleutnant Bamouni Yves Didier und Oberstleutnant Roméo Djassanou Ouoba. Aufgabe des Oberkommandos ist es, Operationen zur Sicherung des nationalen Territoriums zu entwickeln, zu organisieren und zu unterstützen. Auch koordiniert es die zivile Verteidigung und kann Dienste, Personen und Güter, die für die Durchführung von Operationen benötigt werden, beschlagnahmen und einsetzen. Es ist befugt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Verteidigung und Sicherheit erforderlich sind; hierzu zählen Einschränkungen der Freizügigkeit und Verbote bestimmter Fortbewegungsmittel.

Nationale Reaktionen auf den Putsch vom 24.01.22

Am 01.02.22 traf Junta-Führer Damiba Vertretende der wichtigsten politischen Parteien der abgesetzten Regierung und der Opposition. Bis auf das Lager des abgesetzten Präsidenten Kaboré (Mouvement du Peuple pour le Progrès, MPP), das sich nicht zu dem Treffen äußerte, bekundeten die Parteien ihre Unterstützung für die MPSR.

Eine zivilgesellschaftliche Gruppe namens Bürgergruppe zur Unterstützung der Operationalisierung des Übergangs (GCAOT) appellierte am 03.02.22 an die Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), keine Sanktionen zu verhängen (siehe unten), sondern die MPSR in der Übergangsphase, die zu Wahlen führen solle, zu unterstützen. Die Bevölkerung, die Gewerkschaften, die politische Klasse und religiöse Autoritäten hätten mehrheitlich das Tätigwerden der MPSR begrüßt.

Der Putsch vom 24.01.22 unterbrach ein seit Oktober 2021 laufendes Gerichtsverfahren gegen mutmaßliche Verantwortliche für einen Putsch von 1987 gegen den damaligen Präsidenten Thomas Sankara und für dessen Ermordung. Als Reaktion auf die Außerkraftsetzung der Verfassung durch die Putschisten der MPSR am 24.01.22 setzte das Gericht am 31.01.22 das Verfahren bis auf Weiteres aus. Weil die MPSR die Verfassung am selben Tag wieder in Kraft setzte (siehe oben), beschloss das Gericht, das Verfahren am 02.02.22 fortzusetzen.

Internationale Reaktionen auf den Putsch vom 24.01.22

Wie die Afrikanische Union (AU) am 31.01.22 mitteilte, setzte sie Burkina Fasos Mitgliedschaft aus.

Eine ECOWAS-Delegation traf sich am 31.01.22 in Ouagadougou zu Gesprächen mit der Militärjunta. Die Delegation traf auch den abgesetzten Präsidenten Kaboré und fand ihn in guter Verfassung vor. Er habe Zugang zu medizinischer Behandlung, seine Familie könne ihn besuchen. Kaboré befindet sich in einer Villa in Ouagadougou im Hausarrest, wo genau, wurde nicht bekanntgegeben. Bereits am 29.01.22 waren führende Militärs der ECOWAS-Staaten in Burkina Faso mit der Militärjunta zusammengetroffen.

Anlässlich eines Gipfeltreffens der ECOWAS am 03.02.22 in Accra (Ghana) sprach sich der ECOWAS-Kommissionspräsident Jean-Claude Kassi Brou gegen neue Sanktionen gegen die Junta aus. Die Militärs seien gewillt, zusammen mit ECOWAS an der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung zu arbeiten. Man fordere die Junta auf, einen vernünftigen Zeitplan hierfür vorzulegen.

Tote bei Militäroperation

Wie das Militär am 31.01.22 bekanntgab, wurden im Rahmen der Operation Laabingol zwischen dem 15.01. und 23.01.22 in der Region Centre-Nord insgesamt 163 Extremisten verletzt oder getötet, etwa 60 davon in Zusammenarbeit mit französischen Einheiten der Operation Barkhane. Zu den Opfern unter den Extremisten zähle ein Anführer namens Mdouli alias Abdramane. Ein Mitglied der burkinischen Streitkräfte sei ebenfalls ums Leben gekommen. Das französische Militär hatte bereits am 30.01.22 eine Zahl von etwa 60 Opfern unter den Extremisten im Rahmen der gemeinsamen Aktionen genannt (vgl. BN v. 31.01.22).

Tote bei Anschlägen

Vier Angehörige einer Militäreinheit, die einen Fahrzeugkonvoi eskortierte, starben am 24.01.22 in der Umgebung von Thiou (Region Nord) durch die Explosion eines improvisierten Sprengsatzes. Ein Soldat starb am selben Tag bei einem Angriff Unbekannter auf eine Militäreinheit bei Filakoro (Region Sud-Ouest). Dies gab das Militär am 31.01.22 bekannt.

Burundi

Entführung und Tötung eines Kindes mit Albinismus

Am 29.01.22 wurde in Bujumbura ein vierjähriges Kind mit Albinismus entführt und in der 230 km entfernten Provinz Cankuzo getötet. Am 30.01.22 wurden zwei tatverdächtige Männer verhaftet, nachdem ein Hinweis die Polizei auf sie aufmerksam gemacht hat. Die Knochen des Kindes wurden bei den beiden Männern gefunden. Ein dritter Tatverdächtiger konnte entkommen.

Seit 2008 sind rd. 20 Menschen mit Albinismus in Burundi getötet und Teile ihrer Körper und Organe für Rituale verkauft worden. Albinismus beschreibt eine Stoffwechselerkrankung, in deren Folge Betroffene v.a. durch sehr helle Haut und Haare auffallen. U.a. auch in Burundi werden Menschen mit Albinismus immer wieder getötet, um Teile ihres Körpers (Gliedmaßen, Knochen, Organe) für Rituale zu nutzen. Je nach Land wird diesen Menschen bzw. den in Ritualen genutzten Körperteilen ein Unheil oder Glück bringende Wirkung zugesprochen.

China

Hongkong: Verhaftungen nach Ankündigung von Protest

Medienberichten zufolge wurde am 04.02.22 der bekannte Aktivist Koo Sze-yiu in Hongkong verhaftet, nachdem er am Tag zuvor einen Protest zum Tag der Eröffnung der Olympischen Winterspiele 2022 angekündigt hatte. Die Verhaftung des über 70-jährigen Aktivisten erfolgte unter dem Vorwurf der „Anstiftung zum Umsturz“. Im Zuge der Ermittlungen sollen vier weitere Personen verhaftet worden sein.

DR Kongo

Haut-Katanga: Vertreibung der Bakata-Katanga aus Mitwaba

Unter Berufung auf Militärangaben berichten Medien am 02.02.22, dass es den kongolesischen Streitkräften gelungen sei, die separatistische bewaffnete Mai-Mai-Gruppe Bakata-Katanga (B-K) unter dem Befehl von Kyungu Mutanga Gédéon, die am 29.01.22 in die Hauptstadt Mitwaba des gleichnamigen Territoriums der Provinz Haut-Katanga eingefallen ist, zu verdrängen. Der Einfall der B-K habe Fluchtbewegungen unter der Stadtbevölkerung ausgelöst. Ziel der B-K sei die Abtrennung und Gründung eines unabhängigen Staates „Katanga“ gewesen, der sich in seinen endgültigen Grenzen auf die Region des ehemaligen Grand-Katanga (territoriale Gebiete der heutigen Provinzen: Haut Katanga, Lualaba, Haut-Lomami und Tanganyika) erstrecken soll. In den Folgetagen bis zum 03.02.22 habe es vor Ort weiterhin Spannungen gegeben. Beim Rückzug aus der Stadt habe die B-K zivile Personen als menschliche Schutzschilde eingesetzt. Zahlen zu eventuell Verletzten oder Toten sind nicht bekannt.

Ituri: Abermaliger Angriff der CODECO auf ein Vertriebenenlager; Verschlechterung der Sicherheitslage

Medienberichten zufolge sind bei einem Angriff mutmaßlicher Milizen einer Fraktion der ethnisch ausgerichteten Coopérative de développement du Congo (CODECO) vom 01.02. auf den 02.02.22 auf das Binnenvertriebenenlager

Plaine Savo im Territorium Djugu der Provinz Ituri mindestens 62 Menschen getötet und 42 weitere verletzt worden. Die CODECO hätte sich zuvor Kampfhandlungen mit den kongolesischen Streitkräften unfern des Vertriebenenlagers stellen müssen, sei dabei zurückgedrängt worden und habe während des Rückzuges das Vertriebenenlager als Angriffsziel für sich entdeckt. Das Eingreifen der multinationalen Truppen der UN-Stabilisierungsmission in der DR Kongo (MONUSCO) habe vermutlich ein größeres Blutbad verhindern können. Der Milizangriff hätte erhebliche Fluchtbewegungen unter den Bewohnern des Lagers und der Umgebung ausgelöst. Älteren Schätzungen des UN-Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) vom 02.02.22 zufolge sind mehr als 35.000 Menschen intern vertrieben worden. Der Norwegische Flüchtlingsrat (NRC) erklärt, dass das Vertriebenenlager Plaine Savo über 24.000 der geschätzt 1,7 Mio. Binnenvertriebenen der Ausnahmezustandsprovinz Ituri beherbergt. Den Fraktionen der CODECO werden im Jahr 2021 mehrere Angriffe auf unterschiedlich stark belegte Vertriebenenlager in Ituri zur Last gelegt (vgl. BN v. 06.12.21).

Tom Peyre-Costa vom NRC führt an, dass eine Zunahme von Angriffen bewaffneter Gruppen auf die Zivilbevölkerung und vor allem gezielt auf Zufluchtsuchende in den Binnenvertriebenenlagern zu beobachten sind. Laut Pierre Boisselet, Koordinator der US-Überwachungsgruppe Kivu Security Tracker, hat sich die Sicherheitslage in der zweiten Jahreshälfte 2021 in Ituri weiter verschlechtert. Allein in dieser Zeit seien mehr als 800 zivile Personen in Ituri getötet worden. Die schwerpunktmäßig in Djugu (Ituri) agierenden verschiedenen CODECO-Fraktionen gehören zusammen mit der in Teilen von Ituri und der Provinz Nord-Kivu operierenden radikalislamischen Gruppe Forces démocratiques alliées (ADF) sowie den in diesen beiden sowie weiteren Konfliktprovinzen präsenten Mai-Mai-Gruppen zu den tödlichsten bewaffneten Gruppen im Ostkongo.

Kivu-Provinzen: Angriffe bewaffneter Gruppen lösen Wellen der Vertreibung aus

Medienberichten zufolge flohen nach einem Angriff mutmaßlicher ADF-Rebellen im Sektor Ruwenzori des Territoriums der Provinz Nord-Kivu, dort Nabil, Kamango und Jiapande, mehrere Tausend Menschen nach Uganda. Kampfhandlungen zwischen den burundischen Streitkräften und der burundischen Rebellengruppe Red Tabara im Territorium Uvira der Provinz Süd-Kivu, die nach den Angaben von Zivilgesellschaftsorganisationen Mitte Dezember 2021 begonnen haben sollen, hätten mehr als 80.000 Menschen intern vertrieben. Die Kämpfe ausländischer Kräfte auf kongolesischem Hoheitsgebiet hätten alleine 80 Dörfer entvölkert. Eine elementare Grundversorgung der intern Vertriebenen sei an den Zufluchtsorten infrage zu stellen. In den von Gewalt betroffenen Territorien Uvira und Fizi (Süd-Kivu) seien im Gefolge der Kampfhandlungen zwischen rivalisierenden bewaffneten Gruppen einerseits und zwischen den kongolesischen Streitkräften und den verschiedenen bewaffneten Gruppen andererseits 80 % der Dörfer in den dortigen Hochebenen entvölkert worden.

Ituri, Süd-Kivu: Zunahme verschiedener Formen der Ernährungsunsicherheit

Aus einer auf dem Portal Reliefweb am 02.02.22 veröffentlichten und vom NRC erstellten Pressemitteilung geht hervor, dass alleine in der Provinz Ituri derzeit fast drei Mio. Menschen akuter Ernährungsunsicherheit ausgesetzt sind. Das UN-Informationsradio Okapi berichtet am 03.02.22, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Provinz Süd-Kivu von Ernährungsunsicherheit betroffen ist. Die DR Kongo weist weiterhin weltweit das höchste Maß an akuter Ernährungsunsicherheit auf. Überstaatlichen Berichten zufolge sind im November 2021 geschätzt 27 Mio. Menschen in der DR Kongo von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen gewesen (vgl. BN v. 15.11.21).

Gambia

UN: Kampf gegen Genitalbeschneidungen

Unter Berufung auf eine auf den 05.02.22 datierte gemeinsame Erklärung des UN-Kinderhilfswerkes (UNICEF) und des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) berichten mehrere gambische Medien, dass im Kampf gegen die in Gambia verbreitete Praxis der Genitalbeschneidung Fortschritte erreicht wurden. Zwischen den Jahren 2010 und 2018 sei ein Rückgang der Beschneidungsrate bei Mädchen im Alter von null bis vier Jahren um 10 % auf 27 % festzustellen. Zwischenzeitlich würden sich 49 % der Frauen offen gegen die Beschneidungspraxis aussprechen. Es seien jedoch u.a. größere Anstrengungen bei der Durchsetzung der zum Schutz von Frauen und Mädchen erlassenen Gesetze sowie bei Investitionen in Präventions-, Schutz- und Betreuungsdienste vonnöten.

Guinea-Bissau

Vermeintlicher Putschversuch gescheitert

Am 01.02.22 wurde der Regierungspalast, welcher mehrere Ministerien beheimatet und in dem eine Kabinettsitzung in Anwesenheit von Staatspräsident Umaro Sissoco Embaló und Premierminister Nuno Gomes Nabiam stattfand, Ziel eines erfolglosen Angriffes von unbekanntem Bewaffneten. Die Angreifer waren laut unterschiedlichen Zeugenberichten, auf die sich Medien berufen, uniformiert und/oder in Zivil. Bei den fünfständigen Auseinandersetzungen mit den Angreifern sind nach Angaben der Regierung elf Personen ums Leben gekommen, Soldaten und Paramilitärs sowie vier Zivilpersonen. Kabinettsangehörige waren nicht darunter. Es wurde auch von Festnahmen berichtet.

Laut Embaló, der sich noch am selben Abend äußerte, seien er und die Minister Ziel der Angreifer gewesen. Den vermeintlichen Umsturzversuch setzte er in Verbindung mit seinem Kampf gegen Korruption und Drogenschmuggel. Das Land gilt als Drehscheibe für den internationalen Kokainhandel. Die Regierung setzte eine Untersuchungskommission ein. Konkrete Akteure wurden jedoch zunächst nicht benannt. In den Medien wurden daher auch andere Hintergründe, etwa ein Terroranschlag, ins Spiel gebracht. Auch gibt es Vorwürfe gegen Embaló, selbst mit Drogenkartellen zu kooperieren. Sein Kampf gegen den Drogenhandel sei demzufolge nur für die internationale Gemeinschaft vorgeschoben. Erst am 28.01.22 war ein Teil der Ministerinnen und Minister nach einer vom Staatspräsidenten ohne Konsultation des Premierministers durchgesetzten Kabinettsumbildung ernannt worden. Der Staatspräsident befand sich zuletzt auch im Konflikt mit dem Parlament, der Nationalversammlung. Diese hatte abgelehnt, sich mit seinen Vorschlägen für eine Verfassungsänderung hin zu einem stärker präsidentiellen System zu befassen. Embaló verwehrte sich gegen Spekulationen den Putsch selbst inszeniert haben könnte, um einen Vorwand für interne Säuberungen zu haben. Auch aus der Opposition gab es Stimmen, die eine bevorstehende „Hexenjagd“ befürchten. Am 05.01.22 betonte Regierungssprecher Fernando Vaz, es habe sich um einen versuchten Staatsstreich durch eine Gruppe von Militärs und Paramilitärs gehandelt, konkret um im Drogenhandel Involvierte, diese mit Unterstützung von Söldnern und der Rebellengruppe Mouvement des forces démocratiques de la Casamance (MFDC), die für die Unabhängigkeit des südlichen Landesteils Senegals, der an Guinea-Bissau grenzt, kämpft.

International wurde der vermeintliche Putschversuch verurteilt. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) wird Truppen zur Stabilisierung entsenden. Die Mitgliedschaft von drei ihrer Mitgliedsstaaten, Mali, Guinea und Burkina Faso, ist jeweils wegen erfolgreicher Militärputsche ausgesetzt. Weitere Nachahmer in der Region werden befürchtet. ECOWAS-Truppen hatten erst 2020 Guinea-Bissau verlassen, nachdem sie 2012 nach einem damals erfolgreichen Militärputsch dort stationiert worden waren. Jener Umsturz war bereits der vierte erfolgreiche seit der Unabhängigkeit der ehemaligen portugiesischen Kolonie im Jahr 1974. Hinzu kam eine Reihe von Putschversuchen.

Irak

Türkische Luftangriffe nahe Makhmour-Flüchtlingscamp

Am 01.02.22 hat das türkische Militär Luftangriffe auf die unmittelbare Umgebung des Makhmour-Flüchtlingscamps südwestlich von Erbil und Stellungen der PKK in Sinjar durchgeführt. Dabei kamen acht Personen ums Leben, 17 weitere wurden verletzt, darunter Zivilpersonen. Das türkische Verteidigungsministerium hat die Luftangriffe bestätigt und sie als Auftakt einer neuen Sicherheitsoperation gegen die PKK in Irak und Syrien bezeichnet.

Mord an Transfrau

Am 31.01.22 wurde der Leichnam von Doski Azad, einer Transfrau, in einem Dorf nahe Dohuk geborgen, nachdem ein Verwandter die Polizei benachrichtigt hatte. Bei dem mutmaßlichen Täter handelt es sich um den Bruder des Opfers, der in Deutschland leben soll. Berichten zufolge soll er sich vorübergehend in Irak aufgehalten und das Land inzwischen in Richtung Türkei verlassen haben. Azad soll bereits seit geraumer Zeit Drohungen von ihrer Familie und ihrem Stamm erhalten haben, da sie ein Leben als Frau geführt hatte. Sogenannte Ehrenmorde aufgrund geschlechtlicher Identität sind auch in der Autonomen Region Kurdistan keine Seltenheit, Täter werden nur in wenigen Fällen belangt.

Iran

COVID-19-Pandemie

Iran befindet sich in der sechsten Corona-Welle und verzeichnet mit durchschnittlich 35.000 offiziell positiv getesteten Personen pro Tag einen neuen Höchststand an Infektionen. Ein Vertreter des Gesundheitsministeriums gab allerdings zu, dass die tatsächlichen Fallzahlen ca. fünfmal höher seien als die vom Ministerium herausgegebenen offiziellen Zahlen. Auf der nationalen Corona-Warnkarte sind inzwischen 120 Städte und Distrikte rot gefärbt. Betroffen sind besonders die Gebiete im zentralen Hochland, die Hauptstadt Teheran und die Region entlang der Golfküste im Süden. Laut dem Leiter der medizinischen Universität Beheshti haben sich bislang 48 % der Bevölkerung in der Hauptstadt-Provinz mit der Omikron-Variante des Virus infiziert. Auffällig ist weiterhin der hohe Anteil von infizierten Kindern; 20 % der Neuzugänge in den Krankenhäusern sind Kinder unter zehn Jahre. In den besonders betroffenen Regionen wird vom 05.02.-14.02.22 Distanzunterricht stattfinden. Darüber hinaus soll es allerdings keine weiteren Maßnahmen zur Eindämmung des Virus geben. Bislang sollen sich der amtlichen Statistik zufolge 6.446.404 Personen landesweit infiziert haben, die offizielle Todeszahl stieg auf 132.563, bei einer Gesamtbevölkerung von 85.694.229 Menschen.

Weitere Festnahmen und Hafturteile nach Protesten von Lehrenden

Nach einem zweitägigen Sitzstreik von Lehrenden in verschiedenen Städten berichten iranische Auslandsmedien am 31.01.22 von erneuten landesweiten Streiks. Insgesamt soll es in ca. 11.000 Schulen in über 300 Städten und Dörfern zu Protesten gekommen sein. Dies sei der größte Streik von Lehrenden in der Geschichte des Landes. Bereits seit Dezember 2021 kommt es regelmäßig zu Protesten von Lehrenden. Dabei wurden wiederholt Personen verhaftet (vgl. BN v. 13.12.21, 10.01.22. u. 24.01.22). In Teheran fanden Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude statt, in den Provinzstädten vor den Lokalvertretungen des Bildungsministeriums. Die Kundgebungen in Shiraz hätten unter einem Großaufgebot der Sicherheitskräfte stattgefunden. Landesweit seien insgesamt zehn Personen verhaftet worden. Neun Personen seien kurz darauf freigelassen worden und warten nun auf ihren Prozess. Eine Person soll an einem unbekanntem Ort verbracht worden sein. Berichtet wird außerdem von der Verurteilung eines führenden Mitgliedes des Koordinierungsrats der Lehrenden-Gewerkschaft zu vier Jahren und sechs Monaten Gefängnis durch das Revolutionsgericht in Karaj. Die Protestierenden fordern die Erhöhung des Lehrergehalts. Kritisiert werden außerdem Verhaftungen von Lehrenden-Vertretern und politisch motivierte Strafverfahren.

Haftbedingungen: Inhaftierte Frauenrechtlerin nach Gefängnisprotest bedroht

Auslandsmedien berichten, dass die inhaftierte bekannte Aktivistin für Frauenrechte, Soheila Hijab, im Gefängnis von Kermanshah (West-Iran) mit weiterer Strafverfolgung und Gefängnisverlegung bedroht sowie geschlagen worden sei. Es wurde berichtet, dass die Frau zusammen mit weiteren Insassinnen der Frauenabteilung am 02.02.22 gegen die Qualität der Nahrungsmittel und der Essensrationen in Haft protestiert habe, indem sie deren Annahme verweigerten. Den Gefangenen sei zudem mit Kontakt- und Besuchsverboten gedroht worden.

Die Frauenrechtlerin Hijab verbüßt seit 2021 eine fünfjährige Haftstrafe u.a. wegen des Vorwurfs der Propaganda des Regimes, Verschwörung gegen die nationale Sicherheit und Anstiftung zu Protesten. Sie wurde bereits zuvor aus dem Qarchak-Gefängnis südlich Teherans in die Haftanstalt von Sanandaj (Provinz Kurdistan) verlegt.

Ehrenmord in Ahvaz

In der südwestiranischen Stadt Ahvaz (Khuzestan) hat ein Mann mithilfe seines Schwagers seine minderjährige Ehefrau ermordet und enthauptet. Anschließend war er mit dem Kopf des 17-jährigen Mordopfers durch die Stadt marschiert. Ein Video davon rief vielfache Reaktionen in den sozialen Netzwerken hervor. Zu der Tat war es laut Medienberichten in den späten Nachmittagsstunden des 05.02.22 gekommen. Die örtliche Nachrichtenagentur Rokna wurde daraufhin von der Kommission für Presseaufsicht mit der Begründung eines fortgesetzten Rechtsbruchs bei der Verbreitung von Nachrichteninhalten sowie wegen Verbreitung von anstößigem Video- und Filmmaterial geschlossen. Der Fall wurde inzwischen an das Medien- und Kulturgericht überwiesen. In Iran sorgen insbesondere in den Randgebieten auftretende Ehrenmorde immer wieder für Schlagzeilen. Allein 2021 sollen ca. 60 überwiegend minderjährige Frauen von ihren Ehemännern oder anderen männlichen Familienangehörigen umgebracht worden sein. Im aktuellen Fall wurde das Mädchen im Alter von zwölf Jahren mit einem Cousin verheiratet. Sie war nach Familienstreitigkeiten in die Türkei geflüchtet, wurde aber vor einiger Zeit vom eigenen

Vater wieder nach Iran zurückgebracht und mit dem Ehemann versöhnt. Die Täter wurden inzwischen laut Medienberichten verhaftet.

Jemen

Kämpfe in Hajjah

Das jemenitische Militär hat laut eigenen Aussagen den Bezirk Harad im nordwestlichen Gouvernement Hajjah am 04.02.22 unter seine Kontrolle gebracht. Die Ankündigung erfolgte am Tag, nachdem die Houthis den Verlust des südlichen Gouvernements Shabwa eingestanden hatten.

Kirgisistan / Tadschikistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen im kirgisch-tadschikischen Grenzgebiet

Am 27.01.22 ereignete sich eine bewaffnete Auseinandersetzung im Bereich der im kirgisch-tadschikischen Grenzgebiet gelegenen Ortschaften Tort-Kotscho und Tschyr-Dobo zwischen Grenzschutzkräften der beiden Staaten. Elf kirgisische und zwei tadschikische Staatsangehörige kamen ums Leben.

Die beteiligten Grenzbehörden erklärten, die jeweilige Gegenseite haben den Zwischenfall ausgelöst. So hätten gemäß der kirgisischen Seite tadschikische Grenzschutzkräfte die Fernstraße Batken-Isfana (Städte der kirgisischen Oblast' Batken) im Bereich Tort-Kotscho blockiert, wobei nach ersten Verhandlungen und der Wiederfreigabe der Verkehrsverbindung letztere das Feuer auf die kirgisische Seite eröffnet hätten. Nach Angaben der tadschikischen Seite habe der Konflikt mit der gewaltsamen Blockierung eines Lastwagens durch 50 Einwohnerinnen und Eihnwoner des kirgisischen Dorfes Aksaj begonnen, wobei in der Folge kirgisische Grenzkräfte als erste das Feuer eröffnet hätten. Am 28.01.22 vereinbarten beide Seiten einen vollständigen Waffenstillstand, den Abzug von zusätzlichen Kräften und Ausrüstung von den Grenzen und die Wiederaufnahme des Verkehrs auf der Fernstraße. Die Lage hat sich seitdem stabilisiert.

Bedeutsam für die Entstehung von bewaffneten Auseinandersetzungen im Grenzgebiet ist insbesondere die Unbestimmtheit des Grenzverlaufs. Knapp die Hälfte der Grenze ist bisher nicht markiert. In einigen Dörfern liegen die Häuser auf kirgisischem und tadschikischem Hoheitsgebiet nah beieinander. Darüber hinaus gibt es zwei tadschikische Enklaven auf kirgisischem Gebiet. Vor diesem Hintergrund kam es bereits in der Vergangenheit vermehrt zu Konflikten um Land, Wasser und illegale Grenzübertritte. Dabei können auch ethnische Differenzen eine Rolle spielen.

Kolumbien

Verkündung einer neuen Drogenbekämpfungsstrategie

Am 03.02.22 hat Verteidigungsminister Molano in Cartagena die neue Drogenbekämpfungsstrategie „Esmeralda“ der Regierung vorgestellt. In deren Rahmen soll die Kontrolle im virtuellen Raum verstärkt werden, um dort den Drogenhandel beispielsweise auch durch die Blockierung von Finanztransaktionen krimineller Gruppierungen stärker einzudämmen. Durch Künstliche Intelligenz soll zudem der Verkauf und Handel von chemischen Inhaltsstoffen, die für die Drogenproduktion benötigt werden, stärker überwacht werden. Kolumbien ist einer der größten Kokainproduzenten weltweit, in diesem illegalen Geschäftsfeld sind diverse nicht-staatliche bewaffnete Gruppen aktiv, darunter die ELN-Guerilla, verschiedene FARC-Dissidentengruppen sowie paramilitärische Gruppierungen, wie die ACG, oder kriminelle Banden und transnational agierende Kartelle. Zwar gelang es im Jahr 2020 die Anbauflächen zu reduzieren, jedoch stieg die Produktion dennoch auf 1.228 Tonnen jährlich an.

Regierung gerichtlich zum Schutz ehemaliger FARC-Kämpferinnen und -Kämpfer verpflichtet

In einem am 28.01.22 veröffentlichten Urteil hat das Verfassungsgericht die Regierung aufgefordert, die „Grundrechte auf Leben, persönliche Freiheit und Frieden“ von ehemaligen FARC-Kämpferinnen und Kämpfern zu schützen, die im Zuge des Friedensabkommens 2016 ihre Waffen niedergelegt haben. Bislang wurden 300 solcher Ehemaliger ermordet. Die Kammer hat aufgrund verletzter Sicherheitsgarantien und unzureichender Aktivität des Staates gegenüber diesen Personen einen „verfassungswidrigen Zustand“ ausgerufen und die Regierung zu

diversen Maßnahmen verpflichtet ebenso wie die für entsprechende Programme zuständige nationale Schutzeinheit (Unidad Nacional De Protección, UNP). Eine neue Sonderkammer des Gerichts (Sala Especial de Seguimiento) soll die Umsetzung des Urteils künftig beobachten und die staatlichen Fortschritte in Bezug auf den Schutz ehemaliger FARC-Mitglieder überprüfen.

Gewalt in der Region Cauca: Getötete Menschenrechtsverteidigende und Massaker

Am 04.02.22 ist in El Tambo, Cauca, laut Angaben der NGO Indepaz mit dem indigenen, sozialen Anführer Ovidio Alemeza Yantén der insgesamt 20. Menschenrechtsverteidigende und soziale Anführer (líder social) 2022 in Kolumbien sowie der sechste in der Region Cauca getötet worden. Daneben hat es zwischen dem 01.01. und 05.02.22 bereits vier Massaker mit 13 Todesopfern in Cauca gegeben sowie zwei Ereignisse von Massenvertreibungen und drei Entführungsfälle. In der Region sind diverse FARC-Gruppierungen, darunter die Segunda Marquetalia und das Comando Coordinador de Occidente mit weiteren Untergruppen sowie die ELN-Guerilla, aktiv.

Libanon

Proteste gegen steigende Preise

Am 02.02.22 haben Transportunternehmen einen für drei Tage angesetzten Streik in Beirut begonnen, um gegen die steigenden Treibstoffpreise und die schlechte wirtschaftliche Situation allgemein zu protestieren. Durch die Straßenblockaden kam es zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Bereits am gleichen Abend wurde der Streik jedoch beendet, gewalttätige Zwischenfälle wurden nicht berichtet.

Mexiko

Vierter Medienschaffender im Januar 2022 getötet

Am 31.01.22 ist in Zitácuaro, Michoacán mit Roberto Toledo der vierte Medienschaffende im Januar 2022 getötet worden. Laut Angaben seines Arbeitgebers Monitor Michoacán war er aufgrund von vorausgehenden Morddrohungen wegen seiner Recherchen zu Korruptionsthemen zwar Teil eines Schutzprogramms der nationalen Menschenrechtsbehörde, auch dies konnte seinen Tod jedoch nicht verhindern. Mexiko ist laut Reporter ohne Grenzen das tödlichste Land weltweit für Medienschaffende, die Straffreiheit ist erheblich, Prävention und Schutzprogramme hingegen unzureichend. Der 2012 eingeführte staatliche Schutzmechanismus ist lokalen NGOs zufolge unterfinanziert und personell unterbesetzt, die Umsetzung genehmigter Maßnahmen mitunter langsam, die Vernetzung mit anderen Behörden zum Zwecke der Prävention gering. Seit Einführung des Mechanismus sind Medienberichten zufolge 14 an dessen Programm für Medienschaffende Teilnehmende getötet worden.

16 Tote bei Zusammenstößen krimineller Gruppierungen in Zacatecas

Am 05.02.22 sind laut offiziellen Angaben 16 Personen bei Zusammenstößen zwischen kriminellen Gruppierungen in zwei Gemeinden des Bundesstaates Zacatecas getötet worden. Es sind Ermittlungen aufgenommen worden. In Zacatecas hält die Gewalt in den letzten Wochen trotz eines im November 2021 neu implementierten Sicherheitsplans der Zentralregierung und Verstärkung von Polizei und Militär in betroffenen Gemeinden weiter an.

Montenegro

Instabile Regierung durch Misstrauensvotum gestürzt

Laut aktuellem Medienbericht hat das Parlament der Regierung von Premierminister Zdravko Krivokapic in einem am 04.02.22 durchgeführten Misstrauensvotum das Vertrauen entzogen. Der Misstrauensantrag war am 19.01.22 (vgl. BN v. 31.01.22) vom bisherigen kleinsten Koalitionspartner der Regierung, dem Parteienblock „Schwarz auf Weiß“, unter Führung des bisherigen stellvertretenden Premierministers Dritan Abazovic und mit Unterstützung der Opposition eingebracht worden. Eine Mehrheit von 54 Abgeordneten des 81 Sitze umfassenden Parlaments, darunter neben den Stimmen der oppositionellen Demokratischen Partei der Sozialisten Montenegros (DPS) und

des Schwarz-auf-Weiß-Bündnisses auch elf Abgeordnete der ebenfalls mitregierenden Partei Demokratisches Montenegro, hätten dem Antrag zugestimmt. Die Abgeordneten des größten Regierungskoalitionärs, der Demokratischen Front (DF), sowie der Sozialistischen Volkspartei (SNP) hätten das Misstrauensvotum boykottiert. In einer vorausgegangenen Parlamentsabstimmung sei der Antrag der Regierung Krivokapic auf Verkürzung der Legislaturperiode mit dem Ziel von Neuwahlen auch mit Stimmen des abgefallenen Blocks „Schwarz-auf-Weiß“ abgelehnt worden. Laut Berichterstattung befinde sich das Land weiterhin in einer Phase politischer Instabilität. Staatspräsident Djukanovic könne nun laut Verfassung einen neuen designierten Premierminister vorschlagen, soweit dieser von einer Mehrheit von 41 Abgeordneten im Parlament gestützt werde. Der stellvertretende Premierminister Dritan Abazovic habe gegenüber Medien angekündigt, innerhalb der Regierungsmehrheit Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung aufzunehmen und im Falle des Scheiterns vorgezogene Neuwahlen anzusetzen.

Myanmar

Erster Jahrestag des Militärputsches am 01.02.22

Verschiedenen Berichten zufolge kam es am ersten Jahrestag des Militärputsches in zahlreichen Städten landesweit zu kleineren Demonstrationen gegen das Militärregime sowie zu stillen Streiks. So blieben u.a. in Yangon (Rangun), Mandalay und Naypyitaw die Straßen zwischen 10:00 und 16:00 Uhr leer, Geschäfte geschlossen und Menschen gingen nicht zur Arbeit. Der Streik endete in gemeinsamen Applaus. Berichten zufolge wurden in Yangon anschließend zwischen zehn und 30 Personen wegen der Teilnahme am Applaus festgenommen. Im Vorfeld wurde von der Junta Druck auf Gewerbetreibende ausgeübt, ihre Geschäfte zu öffnen und Festnahmen für eine Beteiligung an dem stillen Streik angekündigt. Einem Bericht vom 03.02.22 zufolge wurden zwischen dem 27.01. und 02.02.22 über 100 Personen verhaftet, die sich in den sozialen Medien für die Unterstützung des stillen Streiks ausgesprochen hatten. U.a. aus Yangon, Mandalay und Naypyitaw wurde von durch das Militär organisierten pro-militärischen Demonstrationen und Veranstaltungen berichtet.

Nach Angaben der Gefangenenhilfsorganisation Assistance Association for Political Prisoners (AAPP) stieg die Zahl der seit dem Militärputsch am 01.02.21 durch Polizei- und Militärgewalt getöteten Personen auf mindestens 1.519. 8.977 Menschen befinden sich aktuell aus politischen Gründen in Haft, 1.974 weitere Personen werden per Haftbefehl gesucht (Stand: 04.02.22). Die UN führen aus, dass die Zahl der intern Vertriebenen im Januar 2022 auf über 400.000 angestiegen ist. Schätzungsweise lebt rd. die Hälfte der Bevölkerung mittlerweile in Armut und mehr als 14,4 Mio. Menschen sind auf humanitäre Hilfe und Schutz angewiesen (vgl. BN v. 10.01.22). Am 31.01.22 verhängten die USA, Großbritannien und Kanada Sanktionen gegen mehrere Unterstützende der Militärführung, Angehörige der Justiz sowie Einrichtungen, denen finanzielle Unterstützung der Militärführung vorgeworfen wird.

Sicherheitsvorfälle

Bei einem Granatenangriff auf Teilnehmende einer pro-militärischen Demonstration in der Stadt Tachileik (Bundesstaat Shan) kamen am 01.02.22 zwei Personen ums Leben, 38 wurden verletzt. Bislang übernahm niemand Verantwortung für den Vorfall. Ebenfalls am 01.02.22 kam es in elf Gemeinden von Yangon zu mehreren Explosionen, zu denen sich die aus dem Untergrund agierende Gegenregierung (National Unity Government, NUG) bekannte. Die Angriffe richteten sich gegen 24 Junta-Ziele u.a. Soldaten des myanmarischen Militärs (Tatmadaw), einen Oberstleutnant der Luftwaffe, Sicherheitsposten und Verwaltungsgebäude.

Einem Bericht vom 31.01.22 zufolge kamen zwischen dem 28.01. und 31.01.22 bei mehreren heftigen Zusammenstößen zwischen Truppen der Tatmadaw und People's Defence Forces (PDFs), sowie durch Überfälle von PDFs mehr als 30 Soldaten in den Regionen Magwe, Sagaing und Taninthary sowie in den Bundesstaaten Chin, Shan und Kayah ums Leben. Zwischen dem 01.02. und 03.02.22 griffen die Kachin Independence Army (KIA) und lokale Volksverteidigungskräfte (PDFs) im Bundesstaat Kachin und im nördlichen Shan Staat mehrere Militärbasen der Tatmadaw sowie eine Polizeistation an. Verlässliche Informationen zu Toten und Verletzten liegen nicht vor. Bewaffnete Zusammenstöße zwischen Truppen der Tatmadaw und der Chin National Army (CNA) sowie der Chinland Defence Force Thantlang (CDF) wurden am 01.02.22 aus der Gemeinde Thantlang (Bundesstaat Chin) gemeldet. Zuvor sollen Soldaten der Tatmadaw zwischen dem 30.01. und dem 01.02.22 über 90 Häuser und eine Kirche in der Gemeinde zerstört haben. Berichten zufolge sind die meisten Einwohnern aufgrund fast täglicher Kampfhandlungen geflohen.

In der Gemeinde Loikaw (Bundesstaat Kayah) wurden am 28.01.22 in den Dörfern Yeyo und Bado die Leichen von sieben Zivilpersonen gefunden, die mutmaßlich bei Razzien von Truppen des Militärs getötet wurden. Insgesamt 23 Zivilpersonen sollen im Januar 2022 in der Gemeinde durch Soldaten der Tatmadaw getötet worden sein. Im gesamten Bundestaat Kayah durch Luftangriffe, Bombardements und Massaker der Tatmadaw Berichten zufolge 45. Am 01.02.22 wurde berichtet, dass Dorfbewohner am 23.01. und 27.01.22 die teils verkohlten Überreste von fünf Zivilpersonen in den Gemeinden Pauk und Myaing (Region Magway) gefunden haben. Junta-Truppen brannten am 30.01. und 31.01.22 zwölf Häuser sowie Reisvorräte in drei Dörfern der Gemeinde Depayin (Region Sagaing) nieder, nachdem bei einem Angriff der Depayin PDF zwei Soldaten getötet wurden. Mehrere tausend Menschen sollen aus insgesamt neun Dörfern der Region geflohen sein. Berichten vom 03.02.22 zufolge brannten Soldaten der Tatmadaw am 31.01.22 in zwei Dörfern in der Gemeinde Pale (Region Sagaing) mindestens 400 Häuser nieder.

Neue Anklage gegen Aung San Suu Kyi

Am 04.02.22 wurde gegen die gestürzte de-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi eine weitere Anklage wegen Korruptionsvorwürfen in Zusammenhang mit einer Spende an die Daw Khin Kyi Foundation erhoben. Wenige Tage zuvor wurde sie formell wegen Betrugs bei den Parlamentswahlen 2020 angeklagt (vgl. BN v. 31.01.22). Gegen Suu Kyi laufen derzeit mehr als zehn Verfahren. Im Dezember 2021 und Januar 2022 wurde sie bereits zu insgesamt sechs Jahren Haft verurteilt.

Nicaragua

Diverse Bildungseinrichtungen verlieren Rechtsstatus

Am 02.02.22 hat die sandinistisch dominierte Nationalversammlung erneut 16 zivilen Organisationen, darunter 14 Bildungseinrichtungen, wie der Politécnica de Nicaragua (Upoli), den Rechtsstatus entzogen. Ihnen wurde zur Last gelegt, Finanzberichte nicht rechtzeitig veröffentlicht oder Personaländerungen in den Vorständen nicht fristgemäß mitgeteilt zu haben. Nach Schließung der unabhängigen Universitäten soll die Lehre dort vorerst unter der Aufsicht des Nationalen Hochschulrates (CNU) fortgeführt werden, Studierende kritisierten diesen Schritt. Die Zahl der Organisationen, denen seit 2021 der Rechtsstatus entzogen wurde liegt damit bei 77.

Nigeria

Tödliche Überfälle in mehreren Bundesstaaten

Bewaffnete Männer auf Motorrädern haben laut Medienberichten am 29.01. und 30.01.22 im nigerianischen Bundesstaat Niger die Gemeinden Galadima Kogo und Galkogo angegriffen, dutzende Menschen getötet und zahlreiche entführt. Auch hätten die Angreifer geplündert und Gebäude in Brand gesteckt. Die Vorfälle ereigneten sich zwei Wochen nach einer Militäroperation gegen sogenannte Banditen in der Gegend. Berichtet wird, dass viele Bewohnerinnen und Bewohner die Region verlassen hätten, während andere Geldzahlungen an die in der Gegend aktiven bewaffneten Gruppierungen leisteten, um von diesen nicht angegriffen zu werden. Auch aus den Bundesstaaten Katsina und Kaduna wurden Ende Januar 2022 tödliche Überfälle auf Ortschaften gemeldet.

Terrorfinanzierung: Ermittlungen gegen über 100 Firmen

Aktuellen Medienberichten zufolge ermitteln nigerianische Behörden gegen 123 Unternehmen, die im Verdacht stehen, die islamistischen Gruppierungen Boko Haram und Islamic State West Africa Province (ISWAP) finanziell zu unterstützen. Lai Mohammed, Minister für Information und Kultur, teilte am 03.02.22 offiziell mit, dass 45 Personen festgenommen worden seien und sich insgesamt über 500 Personen im Visier der Behörden befänden. Den Unternehmen wie auch Einzelpersonen, werde zur Last gelegt, die vor allem im Nordosten Nigerias aktiven Terrororganisationen Boko Haram und ISWAP direkt mit Geld oder über Hilfe bei der Geldwäsche zu unterstützen.

Bundestaat Kaduna: Regierungskritischer Journalist aus U-Haft entlassen

Luka Binniyat, freiberuflich tätiger nigerianischer Journalist und Sprecher der Southern Kaduna People's Union (SOKAPU), ist Medienberichten zufolge am 03.02.22 gegen Zahlung einer Kautionsleistung in Höhe von 1 Mio. NGN (rd. 2.100 EUR, Stand: 07.02.22) aus dreimonatiger Untersuchungshaft entlassen worden. Als weitere Kautionsleistung musste Binniyat zwei Bürgschaften von Personen beibringen, die im Bundesstaat Kaduna leben und Land besitzen.

Die Strafverfolgungsbehörden werfen Binniyat nach dem nigerianischen Cybercrimes Act strafbare Verbreitung falscher Informationen vor. Konkret soll er einen Artikel veröffentlicht haben, in dem die Reaktion der Regierung des Bundesstaates Kaduna auf Angriffe auf Ortschaften im Süden Kadunas im September 2021, darunter das sogenannte Madamai-Massaker mit Dutzenden Toten (vgl. BN v. 04.10.21), als unzureichend kritisiert wird. Nigeria belegt im World Press Freedom Index 2021 von Reporter ohne Grenzen (RSF) unter 180 Ländern den 120. Platz.

Lassa-Fieber: Notfallzentrum aktiviert

Einer Meldung des Nigeria Centre for Disease Control (NCDC) vom 26.01.22 zufolge hat Nigeria als Reaktion auf die jüngsten Lassa-Fieber-Ausbrüche in einigen Landesteilen sein Emergency Operations Centre (EOC) genanntes Notfallzentrum aktiviert. Dieses trage zur Verbesserung der Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten bei und koordiniere Gegenmaßnahmen. In den drei Wochen zuvor sind in elf Bundesstaaten 115 Infektionen bestätigt worden, darunter 26 tödlich verlaufende. In Westafrika verursacht Lassa-Fieber jedes Jahr bis zu 5.000 Todesfälle.

Pakistan

Tödlicher Überfall auf christlichen Pastor in Peshawar

Am 30.01.22 wurde ein Priester einer christlichen Gemeinde in Peshawar, Hauptstadt der nordwestlichen Provinz Khyber Pakhtunkhwa, nach einem Überfall von unbekanntem, mutmaßlich islamistischen Tätern getötet sowie einer seiner Begleiter schwer verletzt. Zwei Wochen zuvor war ein muslimischer Religionsgelehrter in Peshawar ebenfalls von unbekanntem Tätern erschossen worden.

Übergriffe in Khyber Pakhtunkhwa

Am 31.01.22 wurden zwei Verkehrspolizisten im Distrikt Hangu von unbekanntem Tätern auf einem Motorrad erschossen. Am 27.01.22 stürmten bewaffnete Täter im selben Distrikt das Gelände eines Ölförderunternehmens, wobei ein Wachmann erschossen wurde. Am 25.01.22 wurde ein Polizist, der ein Polio-Impfteam begleitete, im benachbarten Distrikt Kohat von unbekanntem Tätern angegriffen und getötet.

Am 05.02.22 sind bei einem Angriff auf einen Sicherheitsposten im Distrikt Kurram an der Grenze zu Afghanistan drei Soldaten getötet und vier verletzt worden. Die Angreifer seien nach Afghanistan geflohen. Zum Anschlag bekannte sich die Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP).

Offensive auf zwei Militärstützpunkte in Belutschistan

Am 02.02. und 03.02.22 griffen Separatisten der Baloch Liberation Army (BLA) zwei Militärstützpunkte in der südwestlichen Provinz Belutschistan an. Nach Angaben des pakistanischen Innenministeriums wurden beim ersten Angriff im Distrikt Naushki neun Aufständische und vier Soldaten und beim zweiten nächtlichen Angriff im Distrikt Panjgur sechs Separatisten und drei Soldaten getötet. Nach abweichenden Angaben des Heimatministers der Provinz Belutschistan seien in Naushki fünf Sicherheitskräfte getötet und zwölf verwundet worden, während in Panjgur sieben Soldaten getötet und zwölf verwundet worden seien. Die BLA erklärte in einer Mitteilung, ihre Selbstmordattentäter hätten mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge am Eingang der Stützpunkte gezündet und mehr als 50 Soldaten getötet. Laut einer Pressemitteilung vom 05.02.22 seien bei einer anschließenden Militäroperation 20 Aufständische getötet worden. Bereits eine Woche zuvor töteten belutschische Kämpfer zehn Soldaten bei einem Angriff auf einen Armeeposten in der Nähe des von China errichteten Hochseehafens in Gwadar. Pakistan unterstellt Indien, die Separatisten zu unterstützen.

Die Zunahme der Anschläge in Belutschistan wird auch auf die Rückkehr von ethnischen Belutschen aus Afghanistan zurückgeführt, die sich dort seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 nicht mehr sicher fühlten. Aus Furcht vor Verfolgung kehrten sie in die pakistanische Provinz Belutschistan und in die benachbarte iranische Provinz Sistan-Belutschistan zurück. Am 22.01.22 wurde ein bekannter belutschischer Aktivist, der wie Tausende andere Belutschen nach Afghanistan geflohen war, in Kabul getötet.

Explosion in Kohlebergwerk in Belutschistan

Am 05.02.22 kamen nach einer Methangasexplosion in einem Kohlebergwerk in der Nähe von Quetta, Hauptstadt der Provinz Belutschistan, vier Arbeitende ums Leben, sechs weitere konnten aus der teilweise eingestürzten Mine gerettet werden. Unzureichende Sicherheitsvorkehrungen und die häufig nur dürftige Ausbildung der

Minenarbeitenden führen regelmäßig zu derartigen Vorfällen. 2021 kamen laut einem Bericht der Central Mine Labor Federation 237 Bergleute bei Minenexplosionen hauptsächlich in Belutschistan ums Leben. Seit Anfang 2022 wurden dem Bericht zufolge 21 Personen bei Unfällen in pakistanischen Bergwerken getötet.

Russische Föderation

Tschetschenien – Verschärftes Vorgehen gegen regierungskritische Kräfte

Ein Abgeordneter der Duma und Vertrauter des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow hat am 02.02.22 öffentlich mit der Enthauptung des im Exil lebenden Menschenrechtsaktivisten Abubakar Yangulbayew, bis vor Kurzem Rechtsanwalt der russischen NGO Komitee gegen Folter, und seiner Familie gedroht sowie eine Blutfehde erklärt. Erst am 20.01.22 war Yangulbayews Mutter laut Medienberichten von tschetschenischen Sicherheitskräften aus der Stadt Nischni Nowgorod gewaltsam ins rd. 2.000 km entfernte Tschetschenien verbracht und wegen mutmaßlichen Angriffs auf einen Polizeibeamten inhaftiert worden. Das Vorgehen soll im Zusammenhang mit Forderungen Yangulbayews nach einer Amtsenthebung Kadyrows und der mutmaßlichen Beteiligung von Familienmitgliedern am populären regierungskritischen Telegram-Kanal 1ADAT stehen.

Pressemeldungen zufolge wurden in den vergangenen Wochen dutzende Angehörige kritischer Aktivistinnen und Blogger mitunter aus anderen Teilen Russlands von den tschetschenischen Behörden verschleppt.

Saudi-Arabien

Dawoud Al-Marhoon freigelassen

Am 02.02.22 haben saudische Behörden Dawoud Al-Marhoon freigelassen, der zuvor aufgrund seiner Teilnahme an einer politischen Demonstration – trotz seiner Minderjährigkeit – zum Tode verurteilt worden war.

Al-Marhoon war 17 Jahre alt, als er 2012 während regierungsfeindlicher Proteste der schiitischen Minderheit festgenommen wurde. Im Jahr 2015 wurden er und zwei weitere Minderjährige, Ali Al-Nimr und Abdullah Al-Zaher, zum Tode verurteilt. Diese Strafe wurde jedoch im Februar 2021 in eine zehnjährige Haftstrafe umgewandelt, nachdem König Salman erklärt hatte, das Königreich werde die Todesstrafe nicht mehr gegen Personen verhängen, die als Minderjährige Straftaten begangen haben. Al-Nimr, der im Oktober 2021 freigelassen wurde, ist der Neffe des einflussreichen schiitischen Geistlichen Nimr Al-Nimr, der 2016 hingerichtet wurde. Al-Zaher wurde im November 2021 freigelassen. Saudi-Arabien gehört weltweit zu den Ländern mit der höchsten Anzahl an Hinrichtungen. Allein im Jahr 2021 wurden 69 Hinrichtungen vollstreckt.

Senegal

Kampfhandlungen zwischen MFDC-Rebellen und Angehörigen der Streitkräfte

Unter Berufung auf Militärangaben berichten diverse Medien, dass am 24.01.22 bei Zusammenstößen zwischen den von Salif Sadiò geführten Rebellen der Mouvement des forces démocratiques de la Casamance (MFDC) und den senegalesischen Kräften des Einsatzkontingents der friedenserhaltenden Mission der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) in Gambia (ECOMIG) jenseits der senegalesisch-südgambischen Grenze (Region Foni) vier Angehörige der senegalischen Streitkräfte getötet und sieben weitere von den MFDC-Rebellen gefangen genommen wurden. Aufseiten der Rebellen sei eine Person getötet und drei weitere festgenommen worden. Den Kampfhandlungen sei eine Beteiligung der senegalesischen Kräfte der ECOMIG bei der Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags in der Region vorausgegangen. Die Journalistin Gaustin Diatta erklärt gegenüber dem deutschen Auslandssender Deutsche Welle, dass sich die Lage nach Jahren der Ruhe zwischen den senegalesischen Streitkräften und den MFDC-Rebellen abermals zuspitzen und die Chance auf einen dauerhaften Friedensschluss in der Region Casamance gefährden könnte. Einen Vorfall dieses Ausmaßes habe es seit Jahren nicht mehr gegeben. Der Führer der MFDC-Fraktion, Salif Sadiò, beschuldige die ECOWAS, Gambia mit in den Konflikt zu ziehen. Eine gambische Konfliktbeteiligung oder Angriffe von in Gambia stationierter senegalischer Soldatinnen und Soldaten auf MFDC-Einrichtungen könnte schwerwiegende Konsequenzen haben und zum Tod unschuldiger Zivilisten führen, so Salif Sadiò weiter.

Keine Entkriminalisierung sowie keine Strafverschärfung bei Homosexualität

Medienberichten zufolge bekräftigte Staatspräsident Macky Sall abermals anlässlich eines Treffens mit der Vereinigung der Imame und Ulamās am 27.01.22, dass es während seiner Präsidentschaft keine Entkriminalisierung der Homosexualität geben werde und er dies bereits mehrfach gegenüber ausländischen Staatsführern und u.a. der EU zum Ausdruck gebracht habe.

Am 05.01.22 habe die Nationalversammlung einen eingebrachten Gesetzentwurf abgelehnt, mit dem die Strafen für Homosexualität verschärft werden sollten. Die Ablehnung wurde damit begründet, dass Homosexualität bereits unter strenger Strafe steht. Neben Homosexualität habe der Gesetzesvorschlag auch „Lesbianismus, Bisexualität, Transsexualität, Intersexualität, Zoophilie, Nekrophilie und andere ähnliche Praktiken“ zum Gegenstand gehabt. Die angestrebte Gesetzesverschärfung gegen Homosexuelle sei auf eine Initiative von elf Abgeordneten zurückgegangen, von denen mindestens einer dem Lager des Staatspräsidenten Macky Sall angehört habe und die sich auf die Rückendeckung religiöser Führer und Vereinigungen des Senegals mit seiner fast religiös-homogenen Gesellschaft berufen hätten.

Somalia

Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Clan-Milizen

Bei Kämpfen zwischen Milizen des Ayr- und Marehan-Clans seien am 01.02.22 im Bezirk Balanbal (Region Galgaduud) mindestens zehn Menschen getötet und 15 verwundet worden. Beide Seiten sollen dabei raketengetriebene Granaten, Flugabwehrkanonen und Sturmgewehre eingesetzt haben. Der Auslöser für die Zusammenstöße ist unklar. In der Vergangenheit kam es wiederholt zu Streitigkeiten zwischen beiden Clans u.a. über Weiderechte und Wasserbrunnen.

Fünf al-Shabaab-Kämpfer zum Tode verurteilt

Am 01.02.22 hat ein Militärgericht in der Stadt Galkayo (Region Mudug) fünf al-Shabaab-Kämpfer, alle zwischen 18 und 21 Jahren, zum Tode verurteilt. Sie werden des Mordes an zehn Menschen, darunter zwei Parlamentsmitglieder und drei hochrangige Militäroffiziere, beschuldigt. Zwei weitere Angeklagte im selben Alter wurden zu lebenslanger Haft verurteilt.

Hinrichtung durch al-Shabaab

Al-Shabaab-Medien berichten, dass ein Mann von einem Erschießungskommando der Organisation in Bula-Fulay (Region Bay) hingerichtet wurde. Er wurde der Spionage für die Äthiopischen Nationalen Verteidigungskräfte (ENDF) und den regionalen Truppen Südwestsomalias, die in der Region stationiert sind, bezichtigt. Hunderte Zivilpersonen wohnten der Hinrichtung bei.

Zehn Tote bei Explosion von Landmine

Am 04.02.22 wurden mindestens zehn Zivilpersonen, darunter fünf Frauen und vier Kinder, getötet und weitere verletzt, als ein Kleinbus in der Nähe von Kismayo über eine Landmine fuhr und explodierte. Bisher hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt.

Südafrika

Änderung des Strafrechts

Präsident Cyril Ramaphosa hat am 31.01.22 drei Gesetze zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt unterzeichnet, die den Opfern solcher Gewalt mehr Schutz bieten sollen. Mit den Änderungen des Strafrechts (Sexualdelikte und damit zusammenhängende Angelegenheiten) wird der Straftatbestand des Inzests ausgeweitet und ein neuer Straftatbestand der sexuellen Einschüchterung eingeführt. Presseberichten zufolge zielen die Gesetzesänderungen darauf ab, die Art und Weise zu verändern, wie Regierungsbehörden, Strafverfolgungsbehörden und Gerichte mit Fällen von Gewaltverbrechen in Südafrika umgehen, insbesondere mit Gewalt gegen Frauen und schutzbedürftige Personen.

Sudan

Anhaltende Demonstrationen / Politische Lage

Seit neun Tagen blockieren Protestierende die im Norden befindliche Verbindungsstraße zwischen dem Sudan und Ägypten. Mehrere Barrikaden behindern die Durchfahrt von vor allem ägyptischen Fahrzeugen, die sudanesischen Waren und Vieh nach Ägypten transportieren. Viele der protestierenden Menschen sehen im Export von Vieh und anderen Agrargütern Geschäfte des Militärs und ihm zugehöriger Unternehmen.

Am 04.02.22 gab die Sudanese Professionals Association (SPA), eine der Gruppierungen, die die aktuellen Proteste maßgeblich mit organisiert und die bereits bei den Protesten gegen Al-Bashir eine wichtige Rolle spielte, bekannt, dass sie sich einer Gesprächseinladung des UN-Sondergesandten für den Sudan verweigern werde. Geplant waren in diesem Rahmen auch Gespräche mit Vertretern des Militärs, die von der UN-Mission UNITAMS moderiert werden sollten. Die SPA erklärte, dass es die Mission UNITAMS versäumt habe, sich klar gegen den Militärputsch zu positionieren. Weiterhin hätte UNITAMS mit ihren Handlungen die Akteure des Putsches quasi akzeptiert.

Während eines Treffens am 02.02.22 in El-Fashir, Nord-Darfur, äußerte sich General Al-Burhan erstmals seit dem Putsch im Oktober 2021 zu einer möglichen Übergabe der Macht an eine zivile Regierung. Er sehe dafür zwei Möglichkeiten. Entweder gehe die Macht durch Wahlen über, oder durch eine nationale Charta. Al-Burhan ergänzte dazu, nur wenn die gesamte Bevölkerung es fordere, würde die Macht durch Wahlen oder ein nationales Abkommen übertragen werden. Bezüglich des gewaltsamen Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen Protestierende gab Al-Burhan an, dass die Sicherheitskräfte die Pflicht und die Verantwortung hätten, die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und das Land zu schützen.

Dem Treffen wohnten außer Al-Burhan noch weitere Angehörige der aktuellen Regierung bei, um über die Umsetzung von Sicherheitsvorkehrungen und einer Zusammenstellung gemeinsamer Kräfte in Darfur zu beraten. Bei Protesten gegen dieses Treffen wurden dem Zentralkomitee Sudanesischer Ärzte zufolge fünf Demonstrierende verletzt. Demnach seien die Sicherheitskräfte mit Metallketten, Tränengas und Stockhieben gegen die Demonstrierenden vorgegangen. Einige seien auch mit den Gewehrkolben geschlagen worden. Das Zentralkomitee kritisierte den erneuten gezielten Einsatz von Tränengas, welches direkt auf die demonstrierenden Personen abgefeuert worden sei. Zudem sei es zu mehreren Verhaftungen gekommen.

Willkürliche Verhaftungen

Berichten zufolge kommt es nach wie vor zu zahlreichen willkürlichen Verhaftungen durch Sicherheitskräfte. Am 01.02.22 protestierten Mitglieder verschiedener Anwaltsvereinigungen vor dem Büro des Staatsanwalts gegen dieses Vorgehen und forderten die Freilassung politischer Häftlinge. Vor allem Mitglieder und Sympathisanten der sogenannten Widerstandskomitees, welche die Proteste gegen die vom Militär geführte Regierung organisieren, stehen im Fokus der Behörden. Aktuell sind die Widerstandskomitees v.a. räumlich stark aufgeteilt, wobei schon fast jedes Wohnviertel ein eigenes Komitee hervorgebracht hat. Um eine bessere Organisation und eine festere Basis zu erlangen, wurde die Ausarbeitung einer umfassenden und gemeinsamen Charta für alle Widerstandskomitees angekündigt.

Kämpfe in Darfur

Am 05.02.22 überfiel eine bewaffnete Gruppierung einen ehemaligen Standort der hybriden UN-Mission UNAMID, um noch dort befindliche Güter zu stehlen. Dabei kam es zu Kämpfen zwischen den Angreifern und den von der Regierung und anderen alliierten Gruppen nach Darfur entsandten gemeinsamen Streitkräften. Die angreifende bewaffnete Gruppierung spaltete sich erst vor kurzem von den gemeinsamen Streitkräften der Regierung ab. Die Region Darfur erlebte in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder Angriffe und Überfälle auf Lagerhäuser des Welternährungsprogramms und Basen der ehemaligen UNAMID-Mission. Die Einstellung der UNAMID-Aktivitäten sowie ein Abkommen zwischen der Regierung und mehreren Rebellengruppen führten in den letzten Monaten verstärkt zu Machtkämpfen in der Region. Begünstigt wird diese Entwicklung durch den nur sehr langsam fortschreitenden Ersatz der abgezogenen UNAMID-Friedenstruppen durch die gemeinsamen Streitkräfte.

Syrien

Nordwesten: IS-Anführer stirbt bei Spezialeinsatz der USA

Das IS-Oberhaupt, Abu Ibrahim al-Hashemi al-Qurayshi, kam am 03.02.22 während eines Spezialkräfteeinsatzes der US-Armee in Atmeh, einer kleinen Ortschaft zwischen der Gouvernements Aleppo und Idlib, unmittelbar vor der türkischen Grenze in Nordwestsyrien ums Leben. Die US-Armee soll demnach zwei Dutzend Spezialkräfte, Kampfhubschrauber, Kampfdrohnen und Kampfjets eingesetzt haben. Während des Einsatzes konnten US-Angaben zufolge zehn Zivilpersonen, darunter acht Minderjährige, aus dem Erdgeschoss des Hauses, in dem al-Qurayshi sich versteckt hielt, evakuiert werden. Die Zielperson, die sich im dritten Stock aufhielt, soll schließlich eine Sprengstoffvorrichtung gezündet und damit ihr eigenes Leben, wie auch das ihrer direkten Familienangehörigen beendet haben. Rettungskräfte vor Ort stellten nach dem Einsatz fest, dass mindestens 13 Personen getötet worden seien, darunter auch Frauen und Kinder.

Al-Qurayshis bürgerlicher Name lautete Amir Muhammad Said Abdel-Rahman al-Mawla. Der Nom de Guerre „al-Qurayshi“ wird gerne in Anlehnung an die historische Quraysh Familie gewählt, der auch der Prophet Mohammed angehörte. Die späteren Herrscher der islamischen Dynastien (Kalifate) beanspruchten den Namen ebenfalls um ihre tatsächliche oder vermeintliche Abstammung aus der Quraysh Familie zu begründen.

Al-Qurayshi, ein gebürtiger Iraker, wurde 2019 zum IS-Oberhaupt erklärt, nachdem sein Vorgänger Abu Bakr al-Baghdadi bei einem ähnlichen Einsatz der US-Armee, ebenfalls in Nordwestsyrien, ums Leben gekommen war. Die USA hatten ein Kopfgeld von 10 Mio. USD auf al-Qurayshi ausgesetzt. Er soll die Entführungen, den massenhaften Mord und Menschenhandel der jesidischen Minderheit im Nordirak mitverantwortet und mehrere der weltweiten Terroranschläge des IS angeleitet haben. Bis zum Sturz von Saddam Hussein diente al-Qurayshi für kurze Zeit in der irakischen Armee und absolvierte anschließend ein Masterstudium der Islamwissenschaften. Im Jahr 2008 geriet er für unbekannte Zeit in US-Gefangenschaft, nachdem er im irakischen Mossul als al-Qaida Mitglied an Entführungen und gezielten Tötungen beteiligt war.

Fast 80 Ziele in Nordsyrien und Nordirak durch türkisches Militär bombardiert

Das türkische Verteidigungsministerium gab am 02.02.22 bekannt, dass etwa 60 Kampflugzeuge und Drohnen Positionen der kurdischen Milizen PKK und YPG angegriffen hätten. Die Militäroperation trug den Namen „Winteradler“ („kiş kartal“) und soll Verstecke, Munitions- und Trainingslager im Sinjar Gebirge, sowie der Kracak Region in Nordirak und die Derik Region in Nordsyrien zum Ziel gehabt haben.

Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge seien mindestens vier Personen getötet worden. Demnach sollen türkische Kampfdrohnen auch zwei Raketen auf ein Elektrizitätswerk nahe der syrischen Ortschaft Malikiyah abgefeuert haben, wodurch nicht nur die Wachleute, sondern auch Zivilpersonen ums Leben gekommen sein sollen. Die kurdisch geführte Selbstverwaltung in Nordostsyrien verurteilte die Militäroperation und beschuldigte die Türkei, den Zeitpunkt dafür absichtlich kurz nach einer großen Offensive des IS gewählt zu haben.

Al-Bab: Mindestens sieben Tote bei Artilleriebeschuss

Am 02.02.22 sind der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge im türkisch besetzten al-Bab in Nordsyrien mindestens sieben Personen getötet und 29 verletzt worden. Der Angriff soll demzufolge durch kurdische Milizen aus den angrenzenden Gebieten erfolgt sein.

Tadschikistan

Strafverfolgungsmaßnahmen nach Protesten in Berg-Badachschan

Nach den Protesten für mehr Autonomie in der abgelegenen Provinz Berg-Badachschan (vgl. BN v. 20.12.21) gehen die Behörden mit Strafverfolgungsmaßnahmen gegen sogenannte informelle Anführer und einflussreiche Personen vor. Inzwischen wurden drei Einheimische wegen Anstachelung zu ethnischen Hass und anderer schwerer Straftaten angeklagt. Staatsanwälte gaben am 02.02.22 bekannt, dass Mahmadoqir Mahmadoqirov, einer der lokalen Anführer, wegen Beleidigung und Gewaltanwendung gegen einen Regierungsvertreter sowie Anstiftung zu ethnischen Hass angeklagt worden sei. Die Staatsanwaltschaft der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe informierte am selben Tag, dass der regierungskritische Aktivist Amriddin Alovatshoev von der Russischen

Föderation ausgeliefert worden sei. Ihm wird die Organisation von Protestkundgebungen und das Schüren regierungsfeindlicher Stimmung aus dem Ausland vorgeworfen. Bei den Protesten kamen insgesamt drei Menschen ums Leben, mindestens 17 wurden verletzt.

Togo

Oppositionelle festgenommen

Wie am 03.02.22 bekannt wurde, wurden fünf in der Nacht vom 27.01.22 auf den 28.01.22 in Lomé festgenommene Personen in das Zivilgefängnis von Lomé überstellt. Bei den Betroffenen handelt es sich um den stellvertretenden Generalschatzmeister der Oppositionspartei Parti National Panafricain (PNP), Sébabé-Guéffé Tchassanti Nouroudine, einen in Deutschland lebenden und unlängst eingereisten Togoer namens Alfa Ibrahim (Mitglied der PNP Deutschland) sowie um Boukari Abdoulrazak, Amadou Abdoulrachid und Banka Alidjénou. Ihnen werden Verherrlichung von Verbrechen und Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Türkei

EGMR-Urteil zur Aufhebung der Immunität von Abgeordneten

Am 01.02.22 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), dass die Aufhebung der Immunität und der Prozess gegen 40 Abgeordnete der HDP, darunter die inhaftierten ehemaligen HDP-Co-Vorsitzenden Figen Yüsekdağ und Selahattin Demirtaş, eine Verletzung der Meinungsfreiheit darstellen. Im EGMR-Urteil heißt es außerdem, dass die Entscheidung, die parlamentarische Immunität der Abgeordneten aufzuheben, einen Verstoß gegen die türkische Verfassung darstelle. Rechtsvertreter von Demirtaş fordern nun alle inhaftierten Abgeordneten aus dem Gefängnis zu entlassen, abgeschlossene Gerichtsverfahren erneut zu eröffnen und laufende Verfahren einzustellen.

Mehrere Migranten tot aufgefunden

Am 02.02. und 03.02.22 wurden in der Nähe der Stadt Ipsala, in der Provinz Edirne ca. 10 km von der griechischen Grenze entfernt, 19 Migrantinnen und Migranten tot aufgefunden. Der türkische Innenminister Süleyman Soylu gab an, dass sie erfroren seien. Die Herkunft der Personen sowie die Umstände, die zu ihrem Tode führten sind bisher nicht vollständig geklärt worden, jedoch wirft die türkische Regierung Griechenland Push-Backs vor, durch die die Migrantinnen und Migranten der Kälte ausgesetzt und erfroren sein sollen.

Vertragsverletzungsverfahren des Europarats

Aufgrund der Weigerung der Türkei ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) von 2019 umzusetzen und den inhaftierten Osman Kavala freizulassen leitete das Ministerkomitee, das satzungsgemäße Entscheidungsgremium des Europarats, am 03.02.22 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei ein. Das Komitee entschied am 02.02.22, den Fall Kavala/Türkei an den EGMR zurückzuverweisen, um ein Rechtsgutachten darüber einzuholen, ob die Türkei ihren Verpflichtungen zur Umsetzung des Urteils nachkommt. Sollte der Europäische Gerichtshof bestätigen, dass die Türkei das Urteil nicht umgesetzt hat, kann das Ministerkomitee weitere Maßnahmen – wie beispielsweise eine Aussetzung des Stimmrechts im Europarat – gegen die Türkei ergreifen.

Tunesien

Staatspräsident löst Obersten Justizrat auf

Vom 05.02. auf den 06.02.22 gab Präsident Kaïs Saïed die Auflösung des Obersten Rates der Justiz (Conseil supérieur de la magistrature, CSM) bekannt. Dem CSM wird vorgeworfen, er sei korrupt und habe die Ermittlungen u.a. zum Attentat auf den linken Aktivist Chokri Belaid im Jahr 2013 erheblich verschleppt. Am 06.02.22 jährte sich der Todestag des Aktivisten zum neunten Mal, zu seinem Gedenken fanden Demonstrationen statt.

Der aus 45 Mitgliedern bestehende Rat war im Jahr 2016 geschaffen worden, um die Unabhängigkeit der Justiz zu überwachen. Saïed kündigte an, den Justizrat neu zu begründen und zu organisieren.

Der Vorsitzende des Obersten Justizrates, Youssef Bouzakher, erklärte am 06.02.22, die Entscheidung des Präsidenten sei illegal. Man werde die Arbeit fortsetzen.

Nach Einschätzung von Beobachtenden zielt der Präsident mit der Auflösung des Gremiums vor allem auf die moderat islamistische Ennahda-Partei ab, die starken Einfluss auf die tunesische Politik ausgeübt und während der Zeit des Attentats und der Installation des Justizrates die Regierung gestellt hatte.

Ukraine

OSZE-Einschätzung zur Sicherheitslage, Ausbau der Streitkräfte geplant

Ungeachtet der russischen Truppenkonzentration an der ukrainischen Grenze sind laut OSZE-Angaben vom 05.02.22 bislang keine Veränderungen der Sicherheitslage in den von der Organisation beobachteten Regionen in der Ukraine eingetreten. Die Anzahl der Waffenstillstandsverletzungen an der Kontaktlinie zu den separatistischen Gebieten in der Ostukraine befindet sich jedoch trotz leichtem Rückgang im Vergleich zum Jahr 2021, auf anhaltend hohem Niveau; im Durchschnitt verzeichnete die OSZE-Beobachungsmission im laufenden Jahr bislang täglich mehr als 200 Verletzungsvorfälle. UN-Angaben zufolge kamen im Jahr 2021 insgesamt 25 Zivilistinnen und Zivilisten im Konfliktgebiet ums Leben, 85 wurden verletzt. Präsident Selenskyj unterzeichnete am 01.02.22 ein Dekret über geplante Restrukturierungen der ukrainischen Streitkräfte. Laut Präsidialadministration ist eine personelle Aufstockung der Streitkräfte um 100.000 Soldatinnen und Soldaten, eine Erhöhung der Gehälter sowie der Umbau zu einer professionellen Berufsarmee mit Abschaffung der Wehrpflicht zum 01.01.24 vorgesehen.

Venezuela

Gestiegene Lebenshaltungskosten

Am 27.01.22 gab es in Caracas friedliche Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten im Land. Laut Angaben der venezolanischen Beobachtungsstelle für Finanzen (Observatorio Venezolano de Finanzas, OVF) hat der Warenkorb für Lebensmittel in Fremdwährung im Januar 2022 mit 365 USD für eine fünfköpfige Familie einen neuen Höchststand erreicht, der Wert ist damit in den letzten zwei Jahren um 75 % gestiegen. Weder mit einem Arbeitergehalt von etwa 80 USD im Großraum Caracas noch mit einem Managergehalt von etwa 210 USD kann der vollständige Warenkorb bezahlt werden. Der aktuelle Mindestlohn liegt bei sieben Bolívares (VED, entspricht etwa 1,55 USD, Stand: 07.02.22).

Vereinigte Arabische Emirate

Drohnenangriff auf Abu Dhabi vereitelt

Das Verteidigungsministerium der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) hat am 02.02.22 bekannt gegeben, drei Drohnen im emiratischen Luftraum abgefangen und zerstört zu haben. Die irakische Miliz Awliyat al-Waad al-Haq (Brigaden des wahren Versprechens) hat am gleichen Tag die Drohnenangriffe für sich reklamiert und als Ziel Abu Dhabi genannt. Als Grund wurde die Politik der VAE in Irak und Jemen angegeben. Die Brigaden des wahren Versprechens haben Berichten zufolge Verbindungen zu Kitaib Hizbollah, einer einflussreichen irakischen Miliz, die von Iran unterstützt wird. Dies ist der vierte Angriff mittels Raketen und Drohnen auf die VAE innerhalb weniger Wochen und der erste aus nördlicher Richtung. Die ersten drei Angriffe erfolgten durch die dem Iran nahestehenden Houthis aus dem südlich gelegenen Jemen.